



16.11.2010

Anfrage zur Beantwortung in der Stadtverordnetenversammlung am 29.11.2010

Das Gastschulabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein droht nicht verlängert zu werden. Wenn bis zum Jahresende keine Einigung erzielt wird, werden ca. 140 Ahrensburger Schüler, die bisher in Hamburg auf Schulen mit meist anderen pädagogischen Konzepten gehen, in Ahrensburg beschult werden müssen.

1. Ahrensburg ist eine der am stärksten betroffenen Gemeinden, wenn das Gastschulabkommen nicht erneuert wird. Wie hat Ahrensburg sich bisher aktiv in Kiel eingebracht, um auf diese Situation aufmerksam zu machen?
2. Wenn das Gastschulabkommen nicht erneuert wird, können auf einmal ca. 140 Schüler zusätzlich auf Ahrensburger Regelschulen zukommen. Wie ist Ahrensburg darauf vorbereitet? Könnten Ahrensburger Schulen diese Schüler aufnehmen? Wie soll eine Integration in die Regelschulen erfolgen, zumal es sich hauptsächlich um Waldorfschüler handelt, die nach anderen Maßstäben unterrichtet werden?
3. Wie will Ahrensburg aktiv verhindern, dass Eltern sich nach Hamburg ummelden, und dadurch Steuerausfälle für Ahrensburg verhindern?
4. Wie steht Ahrensburg zum Recht der Eltern auf freie Schulwahl und wie will Ahrensburg es den betroffenen Eltern weiterhin ermöglichen?
5. Was wird Ahrensburg bis zum Jahresende aktiv tun, um doch noch auf ein neues Gastschulabkommen hinzuwirken?

Bündnis 90 / Die Grünen

Gez. Christian Schubbert